

**Projektland: Kuba****Quartal/Jahr: Januar bis März 2010****Schlagzeilen:**

- **Spanien rudert im Streit um Kuba-Politik zurück**
- **Kuba protestiert offiziell gegen US-Terrorliste**
- **Orlando Zapata stirbt nach 85 Tagen Hungerstreik**
- **Kuba fordert Krankenversicherung bei Einreise**

Spanien rudert im Streit um Kuba-Politik zurück

Ungeachtet früherer Ankündigungen will Spanien die europäische Kuba-Politik während seiner EU-Ratspräsidentschaft nicht auf die Agenda heben. „Die Politik der EU gegenüber Kuba hat unter unserem Vorsitz keine Priorität“, sagte Spaniens Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero. „Das Thema Kuba wird in den nächsten sechs Monaten innerhalb der EU zu keinen Kontroversen führen“, fügte er hinzu.

Bisher hatte sich die spanische Regierung immer wieder dafür eingesetzt, die harte Linie gegenüber Kuba aufzugeben und den versprochenen Reformkurs von Präsident Raúl Castro zu unterstützen. Spanien hatte angekündigt, während seiner EU-Ratspräsidentschaft ein bilaterales Abkommen zwischen der EU und Kuba anzustreben, ähnlich denjenigen Abkommen, welche die EU mit Ländern wie Russland und China bereits unterzeichnet hat.

Diese Haltung ist in der EU stark umstritten. Insbesondere die osteuropäischen EU-Mitglieder lehnen eine „Politik der ausgestreckten Hand“ wegen der anhaltenden Verfolgung von Oppositionellen auf Kuba ab. Spanien wiederum hatte sich gegen eine offizielle Unterstützung von kubanischen Regimegegnern durch die EU-Staaten ausgesprochen.

„Europa muss gegenüber der Regierung Kubas fordernd auftreten“, so Rodríguez Zapatero nun in Madrid. Der Meinungsumschwung könnte auch damit zusammenhängen, dass die Behörden in Havanna vor kurzem dem sozialistischen EU-Parlamentarier Luis Yáñez und seiner Frau am Flughafen José Martí die Einreise ins Land verweigert und sie nach Spanien zurückgeschickt hatten. Yáñez und seine Frau Carmen Herмосín, die als sozialistische Abgeordnete dem spanischen Parlament angehört, wollten Berichten zufolge auf Kuba Urlaub machen. Die kubanischen Behörden befürchteten vermutlich, dass sich das Ehepaar mit Dissidenten treffen wollte.

Kuba protestiert offiziell gegen US-Terrorliste

Die kubanische Regierung hat bei den USA offiziell dagegen protestiert, auf einer Liste mit Ländern geführt zu werden, deren Bürger sich bei einer Reise in die USA scharfen Kontrollen unterziehen müssen. Wegen eines vereitelten Anschlags auf ein US-Flugzeug in Detroit haben die USA ihre Sicherheitskontrollen an den Flughäfen deutlich verschärft. Neben Kuba werden Reisende aus Afghanistan, Algerien, dem Irak, dem Iran, dem Jemen, dem Libanon, Libyen, Nigeria, Pakistan, Saudi-Arabien, Somalia, dem Sudan und Syrien systematisch abgetastet und durch einen Körperscanner geschickt.

Kuba bezeichnete die Entscheidung der US-Regierung als „politisch“ motiviert. Das kubanische Außenministerium bestellte den Chef der US-Interessenvertretung in Havanna, Jonathan Farrar, ein, um ihm eine offizielle Protestnote zu übergeben. Zudem bat der kubanische Vertreter in Washington um einen Termin im US-Außenministerium. Diese „erneute feindliche Haltung“ der US-Regierung werde „entschieden“ abgelehnt, hieß es. Es sei nicht gerechtfertigt, Kuba auf der Liste der Terrorunterstützerstaaten zu führen. Die Maßnahme sei „diskriminierend und selektiv“ und habe als einziges Ziel, das seit Jahrzehnten bestehende US-Embargo gegen Kuba zu rechtfertigen, kritisierte die kubanische Regierung.

Die USA werfen Kuba unter anderem vor, Mitgliedern der baskischen Untergrundorganisation ETA Unterschlupf zu gewähren. Kuba dazu: Man habe niemals die USA oder andere Staaten terroristisch angegriffen, wohl aber hätten die USA Terroranschläge in Kuba lanciert oder gefördert. Auch in den USA regt sich Unverständnis. So nannte die Washington Post die gegen Kuba gerichtete Maßnahme „lächerlich“. Die Entscheidung zeige, wie notwendig es sei, die US-Politik gegenüber der Insel zu ändern.

Orlando Zapata stirbt nach 85 Tagen Hungerstreik

Erstmals seit mehr als drei Jahrzehnten ist in Kuba ein inhaftierter Dissident ums Leben gekommen. Der Häftling Orlando Zapata starb in einer Klinik in Havanna mit nur 42 Jahren an den Folgen seines 85-tägigen Hungerstreiks. Er hatte mit seinem Streik eine bessere Behandlung der politischen Häftlinge erreichen wollen. Laut Angaben von Oppositionellen wurde Zapata während seiner Haft misshandelt und gefoltert. Zapata war im Jahre 2003 wegen „Störung der öffentlichen Ordnung“ zu einer langen Gefängnisstrafe verurteilt worden.

Nach dem Hungerstreik-Tod Zapatas wurde die Regierung in Havanna international heftig kritisiert. Die EU-Parlamentarier sprachen von einem „vermeidbaren und grausamen“ Tod. In einer mit großer Mehrheit angenommenen Entschließung forderten sie die Regierung in Havanna dazu auf, alle politischen Gefangenen freizulassen. Die kubanische Regierung wies die Kritik des EU-Parlaments umgehend zurück. Kuba werde dem internationalen Druck nicht nachgeben. Man verbitte sich derartige Belehrungen und eine weitere Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes.

Im kommunistisch geführten Kuba sitzen nach Angaben der Opposition rund 200 politische Häftlinge ein. Die kubanische Regierung bestreitet die Existenz von politischen Gefangenen und betrachtet die Dissidenten als Agenten und Söldner im Dienste der USA. Der Tod Zapatas beweist nach Meinung von Beobachtern, dass die Machtübergabe von Fidel Castro an seinen Bruder Raúl die Menschenrechtslage nicht verbessert hat. „Raúl Castro habe Kubas rechtliche und institutionelle Repressionsstrukturen nicht angerührt“, kritisiert Humans Rights Watch.

Fidel Castro meldete sich bezüglich des Todes des Dissidenten Orlando Zapata persönlich zu Wort. Noch nie sei nach der Revolution von 1959 jemand gefoltert oder die Ermordung ei-

nes politischen Gegners angeordnet worden, schrieb der Revolutionsführer in einem im Fernsehen verlesenen Artikel. Zapata habe jede nötige medizinische Hilfe erhalten.

Neben der kubanischen Führung war auch der brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva in die Kritik geraten, denn dieser hatte während seines Besuchs auf Kuba zum Tode Zapatas geschwiegen. Fidel Castro nahm ihn dafür in Schutz. Lula wisse seit langem, dass es in Kuba keine Folter gebe und politisch unliebsame Menschen nicht getötet würden, schrieb Castro. Die Gegner der kubanischen Revolution hätten Lula wegen seines Kuba-Besuchs kritisiert und sich dabei der „niederträchtigsten Verleumdungen“ bedient, die seit einem halben Jahrhundert gegen Kuba im Umlauf seien.

Nach der Verlesung von Castros Kommentar sendete das kubanische Fernsehen eine Reportage über Zapata. Unter anderem wurden kubanische Ärzte gezeigt, welche erklärten, dass sie alles unternommen hätten, um den Hungerstreikenden am Leben zu erhalten. Präsident Raúl Castro bedauerte den Tod Zapatas, verneinte aber ebenfalls jegliche Mitschuld der kubanischen Regierung.

Seit dem Tod des Oppositionellen Orlando Zapata befindet sich der Menschenrechtsaktivist und Journalist Guillermo Fariñas ebenfalls im Hungerstreik. Die kubanische Führung bat ihn mittlerweile seinen Hungerstreik zu beenden. Ein hoher Funktionär habe ihn besucht und ihm ausgerichtet, dass sich die Behörden um seine Gesundheit sorgten, sagte der Regimekritiker. Er habe aber darauf bestanden, den Streik solange fortzusetzen, bis seine Forderung nach Freilassung von 26 schwerkranken politischen Häftlingen erfüllt werde. „Ich wünsche mir eine Geste des guten Willens“, so Fariñas. „Raúl Castro hat gesagt, dass er den Tod von Orlando Zapata bedauere. Wenn er es ernst meint, wenn er kein Zyniker ist und wenn er keine weiteren Todesfälle unter den 26 Häftlingen bedauern möchte, dann soll er sie bitte freilassen.“ Fariñas bezeichnete die Haltung der EU gegenüber der kubanischen Regierung als zu nachgiebig. Der Dissident gehört den „Unabhängigen Journalisten“ an, welche im Internet kritische Artikel über die Lage auf Kuba und die kubanische Regierung veröffentlichen.

Sicherheitskräfte haben unterdessen in Havanna einen Protestmarsch der Oppositionsgruppe „Frauen in Weiß“ gewaltsam aufgelöst. Die Demonstrantinnen seien massiv geschlagen worden, berichtete Laura Pollán, die Sprecherin der Gruppe. Zu den misshandelten Frauen gehörte auch Reina Luisa Tamayo, die Mutter des Dissidenten Orlando Zapata. Anlass der Demonstration war der siebte Jahrestag des sogenannten Schwarzen Frühlings. Damals wurden 90 Dissidenten festgenommen. Unter ihnen befanden sich 27 Journalisten. 75 Gefangene wurden später auf der Grundlage des „Gesetzes zum Schutz der nationalen Unabhängigkeit und der Wirtschaft Kubas“ zu Haftstrafen verurteilt. 53 von ihnen befinden sich noch heute in Haft. Wenige Wochen nach den Verhaftungen schlossen sich die Ehefrauen, Mütter und Schwestern der Dissidenten zu den „Damen in Weiß“ zusammen. Seitdem marschieren sie jeden Sonntag stumm und ganz in weiß gekleidet zur Santa-Rita-Kirche in Havanna-Miramar. Im Jahre 2005 wurden die „Damen in Weiß“ von der EU mit dem Sacharow-Preis für Menschenrechte ausgezeichnet.

US-Präsident Barack Obama hat das jüngste Vorgehen der kubanischen Führung gegen Oppositionelle angeprangert. In einer schriftlichen Erklärung sprach er von einer „verstärkten Verfolgung von jenen, die es wagen, den Sehnsüchten ihrer Mitbürger Ausdruck zu verleihen“. Dies sei „zutiefst beunruhigend“. Diese Ereignisse unterstreichen, dass die kubanischen Behörden weiterhin mit geballter Faust auf das Streben des kubanischen Volkes nach Freiheit reagieren, statt die Gelegenheit zu nutzen, eine neue Ära zu beginnen, hieß es in der Obama-Erklärung. „Heute erhebe ich meine Stimme gemeinsam mit mutigen Menschen überall in Kuba und einem wachsenden Chor rund um die Welt, um zu einem Ende der Un-

terdrückung und zu einer sofortigen, bedingungslosen Freilassung aller politischen Gefangenen in Kuba aufzurufen“.

Aufgrund dieser Äußerungen Obamas dürften sich die Fronten in nächster Zeit verhärten. „Die kubanische Regierung lässt sich nicht unter Druck setzen; nach außen wird dann Stärke und Geschlossenheit demonstriert“, sagte Bernd Wulffen, früherer deutscher Botschafter in Havanna.

Kuba fordert Krankenversicherung bei Einreise

Ab 1. Mai 2010 müssen alle Touristen und Geschäftsreisende (Ausländer und im Ausland lebende Kubaner) bei der Einreise nach Kuba eine entweder von einem kubanischen oder von einem in Kuba anerkannten ausländischen Versicherungsunternehmen ausgestellte Versicherungspolice, welche die medizinische Versorgung während des Aufenthaltes auf der Insel abdeckt, vorweisen.

Reisende, die zum Zeitpunkt der Einreise nicht über ausreichenden Versicherungsschutz verfügen, können sich am Flughafen oder Hafen von einem kubanischen Versicherungsunternehmen eine Police ausstellen lassen. Diplomaten und Vertreter internationaler Organisationen, welche auf der Insel akkreditiert sind, bleiben von dieser Regelung ausgenommen.

Laut kubanischen Angaben nahmen in der Vergangenheit immer mehr Besucher ärztliche Leistungen auf der Insel in Anspruch, ohne für diese zu bezahlen. Diesem Fehlverhalten soll nun ein Riegel vorgeschoben werden. Ob die Verschärfung der Einreisebestimmungen negative Auswirkungen auf den Tourismus, eine der Haupteinnahmequellen des Landes (siehe auch Quartalsbericht IV/2009), haben wird, ist momentan noch nicht abzusehen.

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ
 Autor: Prof. Dr. Klaus Georg Binder
 Lazarettstr. 33 – 80636 München –
 Tel.: +49 (0)89 1258-0 – Fax: +49 (0)89 1258-359
 E-Mail: grundsatzreferat@hss.de – Homepage: www.hss.de
 Erstellt am: 10. April 2010